Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/907
17.06.2009

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

61. Sitzung (öffentlich)

17. Juni 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Bericht zur Novelle des Landesplanungsgesetzes **8**

– Ministerin Thoben (MWME) berichtet 8

– Ausssprache 8

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen **9**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8806

– Aussprache 9

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8806 wird einschließlich der angenommenen Änderungen mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

3 CO_2-Abtrennung und -Speicherung - nur 20 Jahre Haftung der Energiekonzerne? 11

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/8711

Bau eines CO_2-armen Kraftwerks in Hürth und einer CO_2-Transport-Pipeline nach Schleswig-Holstein 11

– Aussprache 11

4 Genehmigung der Änderung des Braunkohlenplanes Inden, räumlicher Teilabschnitt II, Änderung der Grundzüge der Oberflächengestaltung und Wiedernutzbarmachung (Restsee) 29

Vorlage 14/2636

– Aussprache 29

Der Ausschuss stellt mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Grünen-Fraktion das Benehmen über die in der Vorlage 14/2636 dargestellten Änderungen zum Braunkohlenplan her.

5 Auswirkungen des geplanten Kohleabbaus in Flöz Girondelle 5 auf Kamp-Lintfort 31

Vorlage 14/6263

– Aussprache 31

6 Strompreismanipulation durch E.on - allein 2007 ein Schaden von 13 Milliarden Euro? 34

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/9260

Der Ausschuss erklärt sich mit dem Vorschlag von Reiner Priggen (GRÜNE) einverstanden, den Antrag in der heutigen Sitzung nicht zu debattieren und in der nächsten Sitzung abschließend zu behandeln.

7 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen 35

Gesetzentwurf
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/9265

Der Ausschuss verzichtet ohne weitere Aussprache wegen der bereits unter Tagesordnungspunkt 1 geführten Diskussion unter dem aktuellen Tagesordnungspunkt auf eine Beratung.

8 Ausbildungsmarkt in der Wirtschaftskrise - Schutzschirm für Ausbildung: Betriebe, Agenturen und Land müssen ihre Anstrengungen verstärken 36

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9078

– Aussprache 36

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/9078 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion bei Enthaltung durch die Grünen-Fraktion abgelehnt.

9 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (VO zum AFBG) 38

Vorlage 14/2628

Gegen den Verordnungsentwurf in der Fassung der Vorlage 14/2628 werden keine Einwendungen erhoben. Der Verordnungsentwurf wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

10 Nachhaltig beschaffen: Staat muss verantwortlich handeln und ökologisch sozial einkaufen 39

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/9264

Auf Vorschlag von Reiner Priggen (GRÜNE) als Vertreter der antragstellenden Fraktion verständigt sich der Ausschuss einvernehmlich darauf, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/9264 ohne Votum an den Umweltausschuss abzugeben.

11 Stand der Ziel-2-Förderung zum Stichtag 31. Mai 2009 40

Vorlage 14/2655

– Aussprache 40

12 Ruß-Partikelfilter für Diesel-Pkws - Sachstand des Austausches unzureichender Filtersysteme 45

13 Stand der Gespräche über die in 2009 auslaufende Vereinbarung zur Finanzierung der Kosten des THTR Hamm-Uentrop 45

14 Förderwettbewerb "Ressourcen NRW" 45

15 Ben-Q-Werksschließung in Kamp-Lintfort, Nokia-Werksschließung in Bochum, Schließungen von Hertiekaufhäusern in NRW sowie der Steinkohlezechen im Revier: Auswirkungen auf Wirtschaftsleistung und Beschäftigung in den Städten und Regionen 45

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, zu den Tagesordnungspunkten 12 bis 15 schriftliche Berichte entgegenzunehmen. - Der Bericht zum THTR wird nach der Sommerpause zur Verfügung gestellt.

16 Aktuelle Sachstand bei der Veräußerung des Nokia-Grundstücks/Finanzierung des Programms "Wachstum für Bochum" 46

– Aussprache 46

17 Verschiedenes 47

- Hinweise des Vorsitzenden

* * *

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8806

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps führt aus, der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8806 sei durch Plenarbeschluss vom 1. April 2009 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie zur Mitberatung an den AWME, den AGFI und den Umweltausschuss überwiesen worden.

Der AWME habe in seiner Sitzung am 22. April 2009 beschlossen, an der Anhörung des federführenden Ausschusses, die am 10. Juni 2009 stattgefunden habe, nachrichtlich teilzunehmen und heute bereits die abschließende Beratung und Abstimmung deshalb durchzuführen, weil der federführende Ausschuss in Kürze seine Beratungen zum Gesetzentwurf abschließen werde. Dem Ausschuss liege mittlerweile mit APr 14/906 das Protokoll der Anhörung vor. Dort seien auch die Stellungnahmen und sonstigen Zuschriften enthalten.

Seine Fraktion werde den Gesetzentwurf der Landesregierung ablehnen, teilt **Reiner Priggen (GRÜNE)** mit, weil er anstelle eines generellen Rauchverbots in Gaststätten wieder für eine Teilöffnung sorge. Außerdem würden handwerkliche Fehler des ersten Gesetzes immer noch nicht behoben. Das betreffe zum Beispiel die Situation an den Berufsschulen. Dort komme es zu Konflikten mit der Nachbarschaft, weil vor einer Berufsschule statt in eigens dafür geschaffenen Raucherecken auf den Schulhöfen geraucht werde.

Ihrer Fraktion, äußert **Svenja Schulze (SPD),** gehe der Schutz von Kindern und Jugendlichen nicht weit genug. Die einschlägigen Einlassungen des Bundesverfassungsgerichts würden nicht ernst genommen. Der Gesetzentwurf werde deshalb abgelehnt.

Namens seiner Fraktion begrüßt **Dietmar Brockes (FDP)** den Gesetzentwurf und die dort gegenüber dem ersten Entwurf vorgenommenen Änderungen. Der öffentliche Raum werde insbesondere dort rauchfrei gehalten, wo Menschen gezwungenermaßen hingehen müssten. In anderen Bereichen würden Möglichkeiten sowohl für Raucher als auch für Nichtraucher vorgehalten.

Soweit es um die Berufsschulen gehe, verweise er auf mitunter gemischte Komplexe. Würde den volljährigen Schülern das Rauchen auf dem Hof gestattet, könnten Minderjährige in die Versuchung kommen, auf dem Schulgelände auch zu rauchen. Deshalb habe sich die Koalition stringent gegen das Rauchen in Schulen, öffentlichen Gebäuden und Krankenhäusern ausgesprochen. Hierbei handele es sich nämlich um Einrichtungen, die Menschen aufsuchen *müssten*.

Für kleinere Gaststätten sei eine Änderung vorgenommen worden, die die FDP-Fraktion ausdrücklich begrüße. Diesen Rahmen habe im Übrigen auch das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vorgegeben. Sie trage der in Nordrhein-Westfalen gewachsenen Kneipenkultur Rechnung. Immerhin gehöre für viele Kneipengänger die Zigarette zum Glas Bier dazu. Für diejenigen, die dies nicht wollten, gebe es mittlerweile eine Vielzahl von Nichtraucherlokalen oder Lokalen, die separate Nichtraucherbereiche vorhielten. Niemand müsse sich gegen seinen Willen Rauch aussetzen. Durch die neue Regelung würden die kleinen inhabergestützten Betriebe gestärkt.

Mit dem jetzigen Gesetz, gibt **Oliver Wittke (CDU)** zu bedenken, werde ein Maß an Nichtraucherschutz erreicht, wie man ihn jahrzehntelang in Nordrhein-Westfalen nicht gekannt habe: Der weit überwiegende Anteil an Gaststätten werde rauchfreie Angebote vorhalten können. Gleichzeitig würden die Kleinstbetriebe als für die Gaststättenkultur in Nordrhein-Westfalen prägend geschützt. Formulierungshilfen habe das Bundesverfassungsgericht an die Hand gegeben. Das betreffe zum Beispiel die Existenzsicherung inhabergeführter Kleinstbetriebe sowie ein Höchstmaß an Gesundheitsschutz.

Die Koalition wolle nicht, dass an Schulen geraucht werde. Dabei werde auch nicht zwischen einzelnen Schulformen unterschieden, da es eben auch an Berufsschulen minderjährige Schülerinnen und Schüler gebe. Die Schulen hätten sich auf diese Regelung entsprechend eingestellt. Die beschriebenen Nachbarschaftskonflikte nehme man hin, um einen weitgehenden Gesundheitsschutz an Schulen hinzubekommen.

Er spreche lieber, so **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps,** von *gedanklichen* Fehlern statt von *handwerklichen* Fehlern. Für die angesprochenen "Fehler" sei nicht das Handwerk verantwortlich.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Wir können das Gesetz auch "Pfuschergesetz" nennen!)

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8806 wird einschließlich der angenommenen Änderungen mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.